

stützung vor allem durch Rechtsanwalt Schipert wurde unsere Klage vor das Finanzgericht Berlin gebracht. Dieses bestätigte die Entscheidung des Finanzamtes und führte dazu u. a. aus:

„Der Antragsgegner (das Finanzamt Berlin) hat zu Recht eine Steuervergünstigung für die Verfolgung gemeinnütziger Zwecke versagt.... Nach der Satzung des Antragstellers“, also ISOR, „ist seine Tätigkeit nicht auf eine selbstlose, d. h. uneigennützig nicht den eigenen Vorteil suchende Förderung der Allgemeinheit gerichtet, sondern darauf, ausschließlich den Mitgliedern rentenrechtliche Vorteile zu verschaffen.“

Im Ergebnis dieses Urteils des Finanzgerichts traf der Vorstand die Entscheidung:

1. Keine Weiterführung der gerichtlichen Auseinandersetzung zum Bundesfinanzgericht wegen sehr wahrscheinlicher Erfolglosigkeit und damit unnützer Ausgaben
2. Wechsel des Steuerberaters, um für weitere Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet besser gerüstet zu sein.

Im Auftrag des Vorstandes versuchte der Steuerberater Übereinstimmung mit dem Finanzamt über anzuwendende Steuersätze zu finden, was auch gelang. Diese Übereinkunft wurde im Oktober 1998 nochmals verändert und besteht gegenwärtig in folgendem:

Unser Verein wird steuertechnisch sozusagen in zwei Vereine, die als siamesische Zwillinge miteinander leben müssen, geteilt.

Der eine ist der „geschäftliche“ Teil. Dazu zählen als Einnahmen vor allem 80 Prozent der Mitgliedsbeiträge, Zinsen u. a., für die Steuern zu zahlen sind.

Als geschäftliche Ausgaben zählen der größte Teil aller Ausgaben, auch für die Mitgliederbetreuung, sowie für kulturelle und soziale Zwecke.

Die Aufgabe besteht darin, diesen „geschäftlichen“ Teil zum Jahresende verlustfrei abzuschließen, ansonsten besteht die Gefahr einer 100prozentigen Besteuerung der Mitgliedsbeiträge und aller Spenden auch für jeweils zurückliegende vier Jahre.

Nun droht für 1999 nach bisherigen Berechnungen ein erheblicher Verlust, insbesondere hervorgerufen durch Steuernachforderungen für vergangene Jahre, den allgemeinen Kostenanstieg, steigende Ausgaben für Gutachten und durch die steigende Anzahl von Widerspruchs- und Klageverfahren, auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Der zweite Teil unseres Vereins ist der „ideelle“ Bereich. Seine Einnahmen sind 20 Prozent der Mitgliedsbeiträge, die Aufnahmebeiträge sowie Spenden aller Art. Diese Einnahmen sind zur Zeit steuerfrei.

Das für uns nicht lösbare Rätsel ist: diese Mittel des „ideellen“ Bereiches dürfen nicht zur Deckung des unvermeidbaren „Verlustes“ des geschäftlichen Teiles verwendet werden, wenn sie steuerfrei bleiben sollen. Sie können nicht ausgegeben werden, solange es nicht gelingt, den geschäftlichen Teil auszugleichen.

Gelingt der Ausgleich nicht, könnte es im Jahre 2000 zur Konsequenz führen, daß vom Finanzamt

1. 600 bis 700 TDM Steuerzahlung und -nachzahlung für 1996 bis 1999 gefordert werden und
2. ISOR völlig zum geschäftlichen Verein erklärt wird.

Das würde bedeuten:

Umsatzsteuer auf alle Einnahmen und Gewerbe- und Körperschaftsteuer auf das Jahresergebnis. Die mögliche Steuerforderung würde unsere finanzielle Reserve in Höhe von 1,115 Mio erheblich schwächen. Um diese Konsequenz zu vermeiden und die bisher gespendeten Gelder für ISOR so lange irgend möglich zu erhalten, wurden zwei Möglichkeiten gesehen:

1. Erhebung eines Beitrages zur Deckung der Kosten der Rechtsverfolgung in Höhe von 20,- DM für 1999 von jedem Mitglied und Erhöhung des monatlichen Beitrages um 2,- DM, also auf 5,- DM, ab 1.1.2000.
Der Beitrag zur Deckung der Kosten der Rechtsverfolgung würde, wenn über 90 % der Mitglieder in diesem Jahr bezahlten, den Verlust ausgleichen. Schaffen wir das nicht, könnte es trotzdem zu dem geschilderten negativen Ergebnis kommen.
2. Erhöhung des monatlichen Mitgliedsbeitrages um 2,- DM ab 1.7.1999 und Verzicht auf den Sonderbeitrag.

Den Beitrag ab 1. Juli 1999 erhöhen verhindert für dieses Jahr den Verlust nicht, dürfte aber für die nächsten Jahre die Ausgaben decken, vorausgesetzt die Mitgliederzahl ändert sich nicht nach unten.

Der Vorstand hat mehrfach und auch mit dem Beirat, natürlich auch mit dem Steuerberater, die Problematik beraten. Dabei wurden auch die Meinungen vieler Mitglieder aus den Schulungen, Versammlungen und Briefen an den Vorstand berücksichtigt. Im Ergebnis unterbreiten wir folgenden Vorschlag, der

entsprechend dem Beschlußentwurf dargestellt und begründet ist. Deshalb nur die Kurzfassung:

Ab 1. Juli 1999 Beitragserhöhung um monatlich 2,- DM und den Aufruf an die Mitglieder zur Leistung eines Beitrages zur Deckung der Kosten der Rechtsverfolgung im Jahr 1999 in selbst festzulegender Höhe. Über soziale Härtefälle entscheiden die TIG nach wie vor in eigener Zuständigkeit.

Wir hoffen dabei, daß es damit gelingt, sowohl die möglichen Steuernachforderungen für 1996 bis 1998 als auch die Erklärung zum ausschließlich geschäftlichen Verein abzuwenden.

Hier noch eine Bemerkung, gerichtet an die Vorsitzenden und Kassierer der TIG. Das Finanzamt setzt bindende Termine für die Abgabe der Steuererklärungen. Die Nichteinhaltung führt zu finanziellen Sanktionen.

Deshalb bitten wir Euch nochmals, die Termine der Abgabe der Kassenabrechnungen gegenüber der Geschäftsstelle exakt einzuhalten. Zur Abrechnung des 1. Halbjahres 1999 gab es hier teilweise ungerechtfertigte Verzögerungen.

Nun noch zu unseren finanziellen Reserven:

Unseren finanziellen Rückhalt müssen wir auch weiterhin erhalten, bis das Rentenstrafrecht überwunden ist und Versorgungsfragen geklärt sind. Deshalb halten wir es für müßig, gegenwärtig umfangreich darüber zu diskutieren und Entscheidungen vorzubereiten.

Deshalb sollten wir uns jetzt auf den Erhalt des Geldes und seine Mehrung konzentrieren und damit unsere Schlagkraft erhalten und nicht die Existenz gefährden.

Und in diesem Zusammenhang noch ein Wort in aller Offenheit:

Immer wieder erreichen uns Gerüchte über Bezahlung der Vorstandsmitglieder. Mit aller Deutlichkeit:

Für Vorstandsarbeit erhält niemand auch nur einen Pfennig, wir zahlen weder Sitzungsgeld noch andere Vergütung. Für den Kaffee während der Vorstandssitzungen kommt jedes Vorstandsmitglied selbst auf. Einzig und allein Fahrtkosten, Übernachtungskosten und Aufwandskosten bei längeren Reisen, z. B. zu Schulungen und Versammlungen werden erstattet.

Das trifft auch auf die TIG-Vorstände und alle für ISOR ehrenamtlich tätigen Mitglieder zu.

Fortsetzung von Seite 7

Wir bitten darum, daß diese Diskussion aufhört.

Zum Schluß möchte ich Eure Aufmerksamkeit auf den Entschlußentwurf lenken.

Mit der Entschließung wollen wir darauf orientieren, in der unmittelbar vor uns liegenden Etappe konzentriert mit Augenmaß und allen uns zur Verfügung stehenden politi-

schen und juristischen Mitteln und Methoden auf die Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts einzuwirken.

(An dieser Stelle ging Horst Parton auf die in den Punkten 1 bis 7 formulierten Forderungen der Entschließung ein. Siehe S. 10)

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß das geänderte AAÜG noch in diesem Jahr dem Gesetzgeber zur Beschlußfassung vorge-

legt wird.

Dazu muß wie bisher fester Zusammenhalt, einheitlicher Wille und Entschlossenheit stets unser Handeln bestimmen.

Auf jedes Mitglied kommt es an. Eine allseitige Stärkung unseres Vereins sollte jedem von uns am Herzen liegen.

In diesem Sinne wünsche ich allen Vereinsfreundinnen und -freunden Gesundheit und uns allen weiterhin viel Erfolg.

Aus der Diskussion

Als erster Diskussionsredner unterbreitete **GÜNTER BERGMANN** aus Königs Wusterhausen nach einem Rückblick auf vielfältige Rechtsverletzungen durch die Regierung und sogar den Bundestag als bewußte Politik Gedanken für die weitere Arbeit. Er schlug u.a. vor, den Politikern das 6. Weißbuch der GBM als Pflichtlektüre zur Verfügung zu stellen, mit anderen Verbänden eine Allianz für gerechte Renten in Ost und West zu schaffen, die Abberufung von Prof. Papier als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts zu fordern und die Erfahrungen der Runden Tische aus der DDR in die Umsetzung des Grundgesetzes einzubringen.

Ihm folgte, mit starkem Beifall empfangen, die PDS-Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **DR. MARTINA BUNGE**. Sie erläuterte der Versammlung ihre Bemühungen um eine möglichst optimale Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April, die sie sowohl mit Genugtuung als auch mit Bedauern zur Kenntnis genommen hat. Zugleich machte sie auf sich aus der verfehlten Finanzpolitik der Kohl- und auch der CDU/SPD-Landesregierung ergebende Probleme aufmerksam. Die Solidarität bezeichnete sie als einzigen Pfand, den wir in der Sache des Rentenrechts haben.

Anschließend sprach **KLAUS-PETER JOHN** aus Potsdam-Waldstadt. Nachdem er über seine TIG und ihre Arbeit informierte, lehnte er die Bildung einer Organisation ehem. MfS-Angehöriger für gerechte Renten eindeutig ab. Wörtlich führte er aus: „Eine ganz bedeutende Errungenschaft, die wir nicht hoch genug einschätzen können, haben wir ja schon lange vor Karlsruhe gemacht. Das ist die ISOR selbst mit ihrer Organisiertheit, ihrer Kompetenz, ihrer Solidarität und ihrer in jahrelanger Arbeit erlangten Autorität.“

Zur Finanzarbeit übermittelte er dem Vorstand von ISOR wegen Vernachlässigung steuerrechtlicher Probleme die Mißbilligung des

TIG-Vorstandes sowie dessen Ablehnung der vorgesehenen Beitragserhöhung.

Dann trat, ebenfalls mit starkem Beifall begrüßt, **PROF. DR. AXEL AZZOLA** ans Rednerpult. Bekanntlich begleitete er ISOR vom ersten Tage an als juristischer Berater und wirkt heute als Staatssekretär im Sozialministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Er war geradezu begeistert von den Ausführungen des ISOR-Vorsitzenden und zog ein kurzes Resümee der Entwicklung von ISOR seit 1991. Unmißverständlich brachte er zum Ausdruck, daß jedes Rentenstrafrecht überwunden werden muß und daß man sich deshalb auch Gedanken über die Wege dazu machen muß. Wörtlich: „Für ISOR gibt es aus meiner Sicht nur einen Weg, nämlich schlicht und ergreifend die Beseitigung aller besonderen Bemessungsgrenzen zu verlangen.“ Er verwies aber auch auf die gegenwärtig fehlenden Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat für solche Entscheidungen. In diesem Zusammenhang begrüßte er die sachkundige Prüfung eines möglichen Weges zu einem internationalen Gericht, dessen Schwierigkeit er ausdrücklich hervorhob und beendete seine Rede mit den Worten, „daß das rechtlich letzte Wort möglicherweise in Karlsruhe gesprochen worden ist, aber das politisch letzte Wort in Deutschland noch lange nicht“.

Die Diskussion setzte **SIEGFRIED KOHRT** aus Magdeburg fort und erinnerte an den schweren, von heftigen Anfeindungen begleiteten Anfang des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht, um dann festzustellen, „daß es im Osten große Veränderungen gab, die durch den solidarischen Kampf der Betroffenen erreicht wurde“. Er verband das mit Worten des Dankes an die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert und auch an die Bundestagsgruppe der PDS. Das Verlassen dieses solidarischen Weges durch Extraschritte und Neugründung eines Vereins halte er für politisch falsch „und auch nicht besonders klug, um uns noch vornehm auszudrücken“.

In einem sehr lebendigen Beitrag äußerte sich **CHARLOTTE STAUDE** aus Dresden insbesondere zur Gründung eines Vereins für ehemalige MfS-Angehörige, die sie energisch ablehnte. Sie machte in bewegenden und überzeugenden Worten die jahrelange Solidarität zwischen allen ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR sichtbar.

Wörtlich sagte sie: „Auch die Hoffnung der Herrschenden, mit der 3. Änderung des AAÜG unsere Gemeinschaft zu spalten, ging nicht auf. Die Angehörigen der anderen bewaffneten Organe der DDR haben uns, den Angehörigen des MfS, die Treue gehalten. Ich bin überzeugt, sie werden das auch in Zukunft tun. Deshalb sollten diejenigen, die eine eigene Initiativgemeinschaft planen, sich vor Augen halten, daß sie damit das erreichen, was den Herrschenden nicht gelang - unsere Organisation zu spalten. Wir sind nichts Besseres und nichts Schlechteres als alle anderen. Aber die Bildung einer Organisation, die ausschließlich den Interessen des MfS dienen soll, nützt nur denjenigen, die immer wieder versuchen, das MfS und damit unser Leben, in den Dreck zu ziehen.“ Charlotte Staudte beendete ihren Beitrag unter stürmischem Beifall.

Der nachfolgende Redner, **WERNER SCHMIDT** aus Cottbus, beschäftigte sich vor allem mit der zahlenmäßigen Stärkung von ISOR durch Mitgliedergewinnung. Dabei verwies er vor allem auf die Gewinnung der Ehepartner von Angehörigen und empfahl eine differenzierte Höhe des Beitrages bei Ehepartnern.

Dann wandte sich **ALFRED STOLZ** aus Malchin an die Versammlung. Er dankte Astrid Karger, Prof. Azzola, den Rechtsanwälten und dem Vorstand für das jahrelange konsequente Engagement und sprach sich als ehemaliger MfS-Mitarbeiter gegen die Bildung eines gesonderten Vereins aus.

Für die weitere Arbeit betonte er die Notwen-

digkeit, weiteren Druck zu organisieren und illustrierte das am Beispiel seines Briefwechsels mit der SPD-Vertreterin Mascher.

Man muß von den Politikerinnen und Politikern der heutigen Regierungsparteien das Einlösen ihrer als Oppositionsparteien gegebenen Versprechen einfordern, so seine Aufforderung an alle Mitglieder.

Ihm folgte die ehemalige ISOR-Vorsitzende **ASTRID KARGER** mit einem emotional geprägten Redebeitrag. Sie hob besonders die Notwendigkeit hervor, durch Tausende von Briefen Druck zu erzeugen und begrüßte die Absicht, möglicherweise im europäischen Rahmen gegen das Rentenstrafrecht vorzugehen.

Dann ergriff **SIEGFRIED FELGNER** aus Schwerin das Wort. Er wandte sich energisch gegen alle Spaltungsversuche und die Diffamierung einzelner Personen. Er vertrat die Meinung, das jetzt erreichte unbefriedigende Ergebnis vom 28. April wäre bei stärkerem Engagement und besserer Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Vereinigungen bereits 1996/97 zu erreichen gewesen. Wörtlich: „Sozialpolitisch waren und sind wir noch zu passiv und zu schwach.“ Beweis dafür sind für ihn die Anzahl der Schreiben an den Petitionsausschuß, deshalb seien neue Aktivitäten notwendig. Er führte aus: „Wenn unsere Vorstände und die Große Zahl unserer Mitglieder inaktiv bleiben und darauf warten, was wir juristisch erreichen, sehe ich keine Möglichkeit, die Politiker für uns zum ‚Wollen‘ zu bringen. Bestandsaufnahmen in den TIG über Aktivitäten der Vorstände und Mitglieder sind jetzt angesagt. ... Abgeordnete in die Versammlungen holen, Briefe, Petitionen, Gespräche in Landtagen, in den Parteien in Größenordnungen sind gefragt. Verbündete mobilisieren und ein anderes Klima zu den bewaffneten schaffen, zum MfS im Besonderen. Pressearbeit, Auseinandersetzung auch mit der Gauck-Behörde bei unerträglichen Verleumdungen, um nur einiges zu nennen.“

Der folgende Diskussionsredner, **KLAUS MONY** aus Berlin-Hohenschönhausen hielt es ebenfalls für notwendig, alle Möglichkeiten zu nutzen, um zu unserem Recht zu kommen. Er verwies aber darauf, daß die kommenden politischen Auseinandersetzungen weitaus schwieriger sein werden. Dann machte er Ausführungen zu seiner Tätigkeit in der Seniorenvertretung Hohenschönhausen, lobte die ständig zunehmende Qualität von **ISOR aktuell** und verband das mit dem Vorschlag, dieses Informationsblatt des Vereins an alle Seniorenvertretungen zu senden. Nach einer kurzen Vorstellung seiner TIG und Gedanken zu Fragen der Gemeinnützigkeit schloß er seinen Beitrag mit den Worten: „Wie der Trabbi in die Geschichte eingeht, so wird auch ISOR in die Geschichte eingehen.“

ISOR ist mit Stand von Juni 1999 auf

26.313 Mitglieder angewachsen. 218 Austritten und leider auch 184 Verstorbenen stehen 664 Aufnahmen gegenüber.

CLAUS BRÜNING aus Leipzig erhielt als nächster das Wort. Nach kurzer Vorstellung seiner Person und positiver Wertung der bisherigen Arbeit von ISOR äußerte er relativ umfangreich seine persönliche kritische Meinung zu vier Komplexen. Er betonte, daß er sich weder auf die Meinung des Vorstandes der TIG Leipzig stütze noch von dieser einen Auftrag habe.

Diese Komplexe waren in aller Kürze:

1. Zweifel an der Wirksamkeit des Operierens von Prof. Azzola,
2. Kritik an der Stellungnahme des Vorstandes von ISOR zum Urteil vom 28. April 1999 (**ISOR aktuell** Nr. 5/99),
3. Kritik, daß eine Stellungnahme von ihm zu dieser oben genannten Stellungnahme des Vorstandes nicht wie gefordert in **ISOR aktuell** veröffentlicht wurde,
4. Ihm nicht verständliche Widersprüche in den Beschlüssen der Vertreterversammlungen zu Fragen Beitragsbemessungsgrenze und zu Versorgungsfragen.

Bezüglich der Initiativegemeinschaft ehemaliger MfS-Mitarbeiter betonte er, daß diese sich nicht gegen ISOR richte.

Als nächster ergriff **LOTHAR VOGT** aus Schwerin das Wort. Er verwahrte sich gegen öffentliche Anschuldigungen gegen Prof. Azzola. Ausgehend von der veränderten Lage in Mecklenburg-Vorpommern rief er die TIG auf, auch in den anderen Ländern Ostdeutschlands, insbesondere unter dem Blickwinkel bevorstehender Landtagswahlen, für politische Veränderungen zu kämpfen. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf die Altersstruktur von ISOR ein und hob hervor: „Daraus ergeben sich zwei Schlußfolgerungen: Erstens, wenn wir nicht junge Mitglieder unserem Verein zuführen, sind wir eines Tages tot oder bedeutungslos. Zweitens: wenn wir die Gemeinnützigkeit besser in den Griff bekommen wollen, müssen wir uns den ältesten Mitgliedern zuwenden ... nach dem Leitspruch: Einer trage des anderen Last.“

Im folgenden Beitrag gab **PROF. DR. HORST BISCHOFF** aus Berlin eine spontane Antwort

auf Claus Brüning. Er sagte: „Als wir ISOR gründeten, geschah das in klarer Entscheidung für Solidarität miteinander und gegen die Bestrebungen berufsständischer bundesrepublikanischer Verbände (DBwV, Polizeigewerkschaft, Zollgewerkschaft), uns zu vereinzeln. Wäre das gelungen, hätten die Angehörigen des MfS allein dagestanden. Und genau das wollten wir nicht!“ Er nahm Bezug darauf, daß entgegen den Zweifeln mancher ehemaliger MfS-Angehöriger die ehemaligen Mitarbeiter von Armee, Polizei und Zoll auch nach der AAÜG-Änderung an ihrer Solidarität festhielten.

Er betonte, daß er die Gründung einer eigenen Initiativegemeinschaft ehemaliger MfS-Angehöriger als den Versuch einer Aufkündigung dieser Solidarität empfindet. Wer meine, zu wenig gehört zu werden, möge sich in seiner TIG einbringen, in der AG Recht, der Öffentlichkeitsarbeit, der Kassierung, Betreuung Älterer, in den Vorständen.

„Ohnehin sind die vorgetragenen »Programme« durchweg Wunschvorstellungen, von erstaunlich geringer juristischer Sachkunde geprägt“, brachte Horst Bischoff zum Ausdruck. Zu den Anwürfen gegen Prof. Azzola sagte er: „Als wir ganz am Anfang waren, haben er und die Rechtsanwälte Bleiberg und Schipfert zu uns gestanden, als noch völlig unklar war, ob es Deckung gäbe und wie sich das gegen sie auswirken könnte. Und sie haben uns klug und sachkundig beraten. In unsere Solidarität binden wir auch die Rechtsanwälte und Prof. Azzola ein. Angriffe auf ihn empfinde ich als Angriff auf mich und unsere Gemeinschaft.“

Der folgende Diskussionsredner **GERHARD GUDOPP**, aus Berlin-Friedrichsfelde-Karlschorst, stimmte den Ausführungen Prof. Bischoffs zu und erklärte „Der Grundgedanke unserer Solidarität ist die Gemeinsamkeit der ehemaligen bewaffneten Organe. Das drückt sich auch in der Zusammensetzung unseres TIG-Vorstandes aus.“

Als letzter Redner dankte **PROF. DR. WOLFGANG EDELMANN** für die Einmütigkeit, in der Solidarität demonstriert wurde, die die Grundlinie unserer Arbeit ist. „Gemeinsam tragen wir unsere Last, durch Aufspalten verlieren wir unsere Kraft.“

Er begründete noch einmal, daß es jetzt um die juristische Sicherung und den Ausbau des Ergebnisses von Karlsruhe geht, der Kampf aber komplizierter wird. „Die BRD ist ein Rechtsstaat, d.h. sie ist auch ein Rechts-„streit“-Staat“. Wer nicht um sein Recht streitet, muß damit rechnen, daß er kein Recht bekommt.

In einem kurzen Schlußwort faßte **HORST PARTON** wesentliche Gedanken der Diskussion zusammen.

Entschließung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 24. Juli 1999 in Berlin

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 28.4.1999 sind das Ergebnis langjähriger gemeinsamer politischer und juristischer Anstrengungen der Betroffenen und derer, die ihnen im Kampf um Rentengerechtigkeit zur Seite standen. ISOR e.V. hat in solidarischer Arbeit dazu einen wichtigen, eigenständigen Beitrag geleistet. Der aktive Einsatz aller Mitglieder unseres Vereins, ihre solidarische und geschlossene Haltung waren und bleiben Voraussetzung für unseren weiteren Erfolg. Die Vertreterversammlung dankt allen Mitgliedern, insbesondere allen Vorständen, Kassierern und Betreuern, allen in den Arbeitsgruppen und darüber hinaus mitwirkenden Freunden für ihre aufopferungsvolle und selbstlose Arbeit. Sie dankt zugleich und namentlich Herrn Prof. Dr. Axel Azzola und den Herren Rechtsanwälten Benno Bleiberg und Mark Schippert für ihre bisherige Arbeit und Ratgebung in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit.

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts bestätigen die Richtigkeit von Weg, Ziel und Methoden unseres einheitlichen Handelns auf der Grundlage der Beschlüsse unserer bisherigen Vertreterversammlungen. Wir bekräftigen unseren Entschluß und den festen Willen zur weiteren Solidarität im Kampf, denn das Rentenstrafrecht ist auch mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts vom 28.4.99 nicht beseitigt, insbesondere nicht für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS, wenngleich nunmehr verbesserte Rahmenbedingungen vorliegen: Ein lediglich gemildertes Rentenstrafrecht bleibt Strafrecht und ist enttäuschend und inakzeptabel.

Das Bundesverfassungsgericht erkannte im Gegensatz zu einer Vielzahl von Sozialgerichten für die in der DDR erworbenen rentenrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften nach Maßgabe des Einigungsvertrages den Schutz der Eigentumsgarantie gemäß Artikel 14 Grundgesetz. Es sah zugleich – ebenfalls im Gegensatz zu einer Vielzahl von Sozialgerichten und der bisherigen Politik – das Gleichheitsgebot gemäß Artikel 3 Grundgesetz vielfach verletzt und fordert den Gesetzgeber zu entsprechender Korrektur.

Das Bundesverfassungsgericht sah allerdings die Grundsatzentscheidung des Einigungsvertrages, Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen nur in die Rentenversicherung zu überführen – bei verfassungskonformer Auslegung der Zahlbetragsgarantie – als mit dem Grundgesetz vereinbar an. Mit der damit verbundenen Ungleichbehandlung grundsätzlich ver-

gleichbarer Berufsgruppen in Ost und West erklären wir uns nicht einverstanden.

Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts sehen wir unsere Aufgabe nunmehr darin, die erreichten Erfolge juristisch und politisch zu sichern und weiter auszubauen.

Das schließt ein, auch weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS zu kämpfen.

Wir stimmen mit anderen Betroffenenverbänden überein:

Der Sozialstaat ist wertneutral und Rente wird nicht gewährt als Belohnung für ein dem Staate wohlgefälliges Verhalten, sondern für lebenslange Arbeit.

Und das gilt auch für ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit.

Deshalb fordern wir die unverzügliche Änderung des AAÜG insbesondere:

1. Änderung des § 7 Abs. 1 AAÜG, damit auch der Teil des das Durchschnittsentgelt übersteigenden Arbeitsentgeltes der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS bis zur Beitragsbemessungsgrenze bei der Berechnung der Rente Berücksichtigung findet, der auch bei grundsätzlich gleicher Tätigkeit und Qualifikation in anderen Bereichen allgemein erreicht wurde.

2. Inkraftsetzung der Raten der Rentenanpassung für die Dynamisierung von bestandsgeschützten Rentenbeträgen.

3. Erstreckung der Zahlbetragsgarantie auf Zugangsrentner über den 31. 12. 1993 hinaus bis zu dem im Einigungsvertrag genannten Zeitpunkt 30. Juni 1995.

4. Aufhebung der Abs. 2 und 3 des § 6 AAÜG 1 für alle Angehörigen der Zusatzversorgungssysteme und der Sonderversorgungssysteme der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung der DDR unbeschadet der Einkommenshöhe mit Wirkung vom 1. Juli 1993 an.

5. Verbindung der Neuregelung von § 307b Abs. 1 SGB VI mit einer Bestandschutzregelung, die eine Absenkung der am 31. Dezember 1991 bestehenden Renten verhindert.

6. Aufhebung der Vorschriften über den Wegfall von Dienstbeschädigungsteilrenten und Inkraftsetzung des Gesetzes über den Dienstbeschädigungsausgleich auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS.

7. Klarstellung durch den Gesetzgeber, daß alle Betroffenen durch die Rechtsänderung für die Vergangenheit begünstigt werden, insbesondere auch diejenigen, die ihren Anspruch durch einen Antrag gemäß § 44 SGB X geltend gemacht haben.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß das geänderte AAÜG noch in diesem Jahr dem Gesetzgeber zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Davon wird unser weiteres Handeln bestimmt:

Es muß politisch vor allem darauf gerichtet sein, Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat zu veranlassen, das Rentenstrafrecht vollständig zu beseitigen, – entsprechend den abgegebenen Versprechen und Zusagen der heute Regierenden aus der Zeit, als sie noch in der Opposition waren.

Wir rufen alle Mitglieder auf,

- unsere Forderungen mit einer großen Zahl von Briefen und Zuschriften an Politiker in Bund und Ländern und mit Petitionen und anderen politischen Aktivitäten deutlich zu machen und dabei auch an die Einlösung von Wahlkampfversprechen zu erinnern;
- von den Tatsachen ausgehend mit Augenmaß und weiterer Solidarität einen persönlichen Beitrag zu leisten, daß Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat entstehen für die Berücksichtigung der Einkommen auch der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS bis zur Beitragsbemessungsgrenze;
- das Zusammenwirken mit anderen Verbänden und Vereinigungen tatkräftig zu fördern.

Der Vorstand wird beauftragt,

- unter Einbeziehung von unabhängigen Gutachtern und weiteren Sachverständigen eine sachgerechte Darlegung des Verhältnisses der Einkommen im MfS/AfNS zu dem für vergleichbare Tätigkeiten und Qualifikationen allgemein erreichbaren Einkommen zu erarbeiten und der Bundesregierung und dem Gesetzgeber umgehend zuzuleiten;
- alle Möglichkeiten der Teilnahme an Anhörungen durch die Bundesregierung, Bundestagsfraktionen und die Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates zu suchen und wahrzunehmen und analog auch

- in den einzelnen Bundesländern – ggf. gemeinsam mit den jeweiligen TIG – aktiv zu werden, wenn das der Herausbildung und Positionierung von Mehrheiten im Sinne unserer EntschlieÙung dienlich ist;
- die Einreichung von Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGH-MR) umfassend zu prüfen und fristgemäß Klage zu erheben, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind;
- im Rahmen der Satzung allen Mitgliedern die notwendige – insbesondere auch

anwaltliche – Hilfe zur juristischen Sicherung der erreichten Erfolge und der Ergebnisse des weiteren Kampfes für die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts zu bieten.

- weiterhin gemeinsam mit anderen Vereinen und Verbänden und auf allen Ebenen für die vollständige Erreichung von Rentengerechtigkeit und Versorgungsleistungen zusammenzuwirken.

Die Vertreterversammlung ist von dem Willen der Mitgliedschaft getragen, als nächste

Etappe die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts zu erwirken.

Sie ist davon überzeugt:

Mit diesem Willen und der weiter wachsenden Kraft der Solidarität der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR sowie im gemeinsamen Wirken mit anderen Vereinen und Verbänden werden wir auch die vor uns stehenden Aufgaben bewältigen.

Berlin, den 24. Juli 1999

Beschluß des Vorstandes zu Beitragsfragen vom 24. Juli 1999

Entsprechend der Empfehlung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 24. Juli 1999 beschließt der Vorstand der ISOR e.V.:

1. Ab 1. Juli 1999 wird gemäß § 4 Absatz 1 der Satzung der ISOR e. V. der Monatsbeitrag in Höhe von 5,- DM festgelegt.

2. Alle Mitglieder werden hiermit aufgerufen, darüber hinaus im Jahre 1999 einen selbst festzulegenden freiwilligen Beitrag zur Deckung der Kosten der Rechtsverfolgung zu leisten.

Begründung:

Die Nichterteilung der Gemeinnützigkeit und die sich daraus ergebende Besteuerung von ISOR e. V. (Umsatzsteuer auf 80 % der Beiträ-

ge, Gewerbe- und Körperschaftssteuer auf das Jahresergebnis) und die Ausgabenentwicklung aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen sowie notwendiger Aktivitäten im Rentenkampf (Gutachterkosten u. a.) führen 1999 voraussichtlich dazu, daß die Einnahmen aus Beiträgen zu ihrer Deckung nicht ausreichen werden. Einnahmen aus Spenden dürfen nicht zur Deckung geschäftlicher Ausgaben verwendet werden. Die durch die Spenden erzielten Einnahmen werden gegenwärtig zur Gewährleistung der finanziellen Liquidität von ISOR e. V. benötigt und können nur bei Gefahr der Zahlungsunfähigkeit und drohender Zwangsauflösung eingesetzt werden.

Um diese Gefahr für 1999 und die folgenden Jahre abzuwenden, ist diese Beitragserhöhung unumgänglich, aber für 1999 noch nicht ausreichend. Dieser monatliche Beitrag von 5,- DM ist als Mindestbeitrag zu verstehen und kann von jedem Mitglied freiwillig erhöht werden. Über Unterschreitungen wegen sozialer Notlage entscheiden weiterhin die TIG-Vorstände unter Anlegung eines strengen Maßstabes.

Darüber hinaus ist die Bereitschaft zur Leistung eines freiwilligen Beitrages bei vielen Mitgliedern vorhanden, um für 1999 einen Verlust und damit eine steuerliche Nachforderung zu verhindern.

Erste Reaktionen aus den TIG

Am 27. Juli erfolgte in der TIG **Dresden** eine erste Auswertung der Vertreterversammlung mit 30 Betreuern/Kassierern. Sie stimmten den Ausführungen der Vertreter, der EntschlieÙung und dem Finanzbeschluß zu. Es wurde die feste Solidarität im weiteren gemeinsamen juristischen und politischen Kampf zum Ausdruck gebracht, besonders die Belange der ehemaligen Mitarbeiter des MfS betreffend.

Mit Befremden wurde die Information über die Absicht einer Gruppe ehemaliger Mitarbeiter des MfS aufgenommen, eine eigene „Initiativgemeinschaft für gerechte Altersversorgung des MfS“ gründen zu wollen. Das wird als Spaltung betrachtet und die Anwesenden haben sich davon distanziert.



Die TIG **Gräfenhainichen** führte am 26. Juli eine Vorstandssitzung zur Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung durch und stellte fest:

- Die genannten Bestrebungen einer Spaltung werden verurteilt – es gibt nur eine Solidarität in Einheit von ISOR,

- Ziel der Arbeit ist es, zu erreichen, daß eine überwiegend anwaltliche Vertretung des noch betroffenen Personenkreises erzielt wird,
- es wurden Entwurfsbriefe an die Mitglieder zur textlichen Gestaltung von Petitionen an Bundeskanzler, Ministerpräsident Dr. Höppner und den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestag übergeben,
- mit dem Vorstand der GBM erfolgte die zustimmende Absprache zur Absendung von gleichlautenden Briefen als Ausdruck der Solidarität in beiderseitigem Interesse
- die neuen finanziellen Regelungen werden unterstützt. *Hans Gödicke*



Hardy Anders, ehem. Stellvertreter des Leiters der BV Dresden des MfS, schreibt uns:

„... Ich stehe eindeutig zur EntschlieÙung und unterstütze den Standpunkt des Vorstandes über den weiteren Weg. Die Absichten von wohl überwiegend ehemaligen Mitarbeitern in leitenden Dienststellungen betrachte ich

als Spaltung von ISOR, als unwürdig gegenüber unseren ehemaligen Waffenbrüdern und als einen Schlag gegen unsere gemeinsame Solidarität.

Prof. Bischoff hat dazu einen klaren Standpunkt dargelegt und zur Besinnung gemahnt. Meinungsverschiedenheiten kann und wird es oft geben, dennoch sollten diese in erster Linie in unserem Verein und in ISOR aktuell sachlich und unter Beachtung der 26.000 Mitglieder diskutiert werden und nicht, wie geschehen, öffentlich in den Medien! Wem nutzt es? ISOR schadet es! ... Besserwisser hat und wird es immer geben. Kluges Handeln, damit am Ende etwas Gutes erreicht wird, fällt jedoch nicht allen leicht.

Ich möchte wie bisher mit unseren ehemaligen Waffenbrüdern der VP, NVA und des Zoll den weiteren Weg zur Erreichung der Rentengerechtigkeit in gemeinsamer Solidarität mit realistischen Vorstellungen und Forderungen geschlossen weiter beschreiten.

Trotz alledem – Einigkeit macht stark!“



Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Aus Wefensleben schreibt **Andreas Bau-**
mann:

„Ich hatte die Möglichkeit, als Delegierter an der Vertreterversammlung teilzunehmen und möchte meine Eindrücke schildern, weil mich diese Versammlung emotional bewegte. Kurz zu meiner Person: Ich bin 38 Jahre alt und habe ca. acht Jahre beim MfS verbracht. Seit ca. eineinhalb Jahren bin ich Mitglied bei ISOR.

Die gesamte Versammlung war geprägt von einer tiefen Solidarität aller in ISOR vereinigten Menschen, unabhängig von ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zu den einzelnen bewaffneten Organen der DDR. Solch ein Zusammengehörigkeitsgefühl hätte ich mir zu DDR-Zeiten gewünscht. Ich glaube, dann hätten wir gemeinsam mehr bewegen können.

Gerade die Freunde, die nicht aus den Reihen des ehemaligen MfS kommen, die bereits ihre Interessen verwirklicht sehen, haben hier kompromißlos ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht und in aller Entschlossenheit den Zusammenhalt in ISOR vertreten. Um so frustrierender war für mich, daß Spaltungsabsichten in ISOR aus den Reihen des ehemaligen MfS kommen, für die ja unsere Gemeinschaft mit allen Mitteln kämpft. Hier kommen für mich genau die Denk- und Verhaltensweisen wieder auf, die sich bereits im MfS zu DDR-Zeiten immer mehr ausprägen.

Genau diese elitären Denk- und Verhaltensweisen sind es heute wieder, die unser Bündnis für eine gerechte Sache auf die Zerreißprobe stellen. Ich glaube diese Menschen sollten sich fragen, wofür sie eigentlich kämpfen wollen. Es geht doch in erster Linie darum, den sozial Schwachen zu helfen und ihnen ihre Rechte zu erkämpfen und nicht unerreichbare und von einer Minderheit geforderte Interessen durchzusetzen.

Weiterhin bin ich der Meinung, daß man sich nicht an den Ansichten eines einzelnen Freundes (gemeint ist hier Professor Azzola) zerreißen sollte. Wir sind alle „mündige“ Menschen und sollten im Dialog miteinander das Für und Wider abwägen und dann zu einer gemeinsamen Linie kommen, die kompromißlos von allen Mitgliedern vertreten wird. Nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam kommen wir zum Ziel. Ich hoffe und wünsche mir sehr, daß wir im gemeinsamen Streit wieder zueinander finden und gemeinsam unsere gute Sache zu Ende bringen.“

★★★

Klaus Pries meldete sich aus Dessau zu Wort: „Die Vertreterkonferenz gab mir Hoffnung und Zuversicht. Beeindruckend für mich als ehem. Mitarbeiter des MfS die Solidaritätsbekundungen der Mitstreiter und Freunde aus den Reihen der NVA, VP und des Zoll. Die Äußerungen unseres Freundes Bischoff (Zoll) verdienen in dieser Beziehung höchste Achtung und Anerkennung. Unser Weg ist noch nicht zu Ende, gehen wir ihn gemeinsam.“

★★★

Am 14. Juli führte die TIG **Cottbus** eine erste gemeinsame Veranstaltung mit den Mitgliedern der GBM, Ortsverband Cottbus durch.

Thema: Rentenreform 2000 – Unser Standpunkt.

110 Teilnehmer an dieser Veranstaltung konnten die Bundestagsabgeordnete der PDS Monika Balt herzlich begrüßen. Im Ergebnis der Veranstaltung wurde festgestellt:

1. dem Gesetzgeber darf keine Zeit gelassen werden bis zum 30.6.2001,
2. wir kämpfen weiter um die gesetzlich zustehende Beitragsbemessungsgrenze,
3. noch nicht getroffene Entscheidungen sind weiterhin einzufordern.

Dem wurde Nachdruck verliehen, indem aus der Versammlung heraus zwei Erklärungen, versehen mit den Unterschriften der Teilnehmer, an den Petitionsausschuß und an Minister Riester verabschiedet wurden.

Es erging erneut der Aufruf an die Mitglieder der GBM und ISOR, verstärkt durch persönliche Schreiben an Mitglieder und Fraktionen in Aktion zu treten.

Die nächste gemeinsame Veranstaltung ist für den 24. August in Vorbereitung. Dann werden die Wahlen zum Landtag im Land Brandenburg auf der Tagesordnung stehen, wozu Spitzenkandidaten aus den Wahlkreisen Cottbus eingeladen sind. Auch dort werden wir mit politischen Mitteln unseren gerechten Rentenforderungen weiter Nachdruck verleihen. **Werner Schmidt**

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung für 2-5 Personen/Dänemark Südjütland/Ostsee Tel.: 0045-74576401

★

Aus gegebenem Anlaß bitten wir unsere Mitglieder nochmals, bei Überweisungen an die Geschäftsstelle unbedingt den Zweck der Zahlung und die Nummer bzw. die Ortsbezeichnung ihrer TIG anzugeben. **Arbeitsgruppe Finanzen**



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

RUDI ANDRÉ, Sondershausen
GERHARD AUGST, Dresden
LORE BURKHARDT, Erfurt
MANFRED DÖRSCHEL, Plauen
ROLF FRANKE, Marienberg
PAUL GÖTZ, Rodewisch
WERNER GOLDHORN, Oschatz
LOTHAR GRÖBER, Wittenberg
SIEGFRIED HÖRENZ, Berlin-Weißensee
MARGARETHE HÖRHOLO, Berlin-Lichtenberg
HERMANN HUPFER, Schwerin
ERNST JERIE, Ascherleben
MARTIN JUNGE, Potsdam
KLAUS KAHLÉ, Berlin-Weißensee
FRITZ KORINTH, Bützow
WOLFGANG KORPP, Berlin-Prenzlauer Berg
GISELA KRAUßER, Frankfurt/Oder
HENRY KURTH, Dessau
GÜNTER LANGE, Berlin-Hohenschönhausen
KURT LEDERMANN, Magdeburg
ALFRED MALEWSCHIK, Berlin-Hellersdorf
PAUL MOITZKOWSKI, Chemnitz
MANFRED MORTAN, Merseburg
WALTER OSCHMANN, Lobenstein
ROLF-DIETER PÖTHIG, Schmalkalden
KARL RAASCH, Berlin-Prenzlauer Berg
RUDOLF RÖSSLER, Potsdam-Waldstadt
HORST SCHLÖBER, Birkenwerder
FREDY SCHMANDT, Berlin-Treptow
SIEGFRIED SCHMIDT, Cottbus
GÜNTER SPOLACZYK, Berlin-Friedrichsfelde
LIANE STAAT, Potsdam
ALFONS STADE, Suhl
IRMTRAUD STARKE, Halberstadt
HEINZ THIELE, Hildburghausen
HEINZ TOPP, Rostock

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 16 - Geschäftsführer
29 78 43 17 - AG Finanzen
29 78 43 18 - AG Recht
29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit
„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16
Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin
e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Sprechstunden:
Dienstag 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!